



---

## **Rechtsausschuss**

48. Sitzung (öffentlich)

17. November 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenograf: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Strafvollzug in NRW - Mauer mit 1000 Löchern?**

1

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5729

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP-Fraktion ab.

**2 Mehr Hilfe für die Opfer von Straftaten anbieten**

4

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5806

In Verbindung damit:

**Opferschutz optimieren**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/5995

In Verbindung damit:

**Wege zur Stärkung der Opferrechte konsequent fortsetzen**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5996

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Antrages.

**3 Systematisch-zielgerichtete Belästigungen und Verfolgungen (Stalking) bestrafen - Hessische Bundesratsinitiative unterstützen 6**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5944

In Verbindung damit:

**Opferschutz kann nur mit verfassungsgemäßigem Gesetz verbessert werden - Rheinland-pfälzische Bundesratsinitiative unterstützen**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5997

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Antrages.

**4 Handy-Verbot bei den Justizbehörden in NRW 10**

Zuschrift 13/4300  
Vorlage 13/3064

Der Ausschuss berät über dieses Thema.

**5 Gesetz zur Änderung des Schulordnungsgesetzes (SchOG) und des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) 11**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4564  
Ausschussprotokoll 13/1218  
Vorlage 13/2877

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion kommt der Ausschuss überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

- 6 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)** 13

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4692

Vorlage 13/2528

Zuschriften 13/3621, 13/3644 und 13/3878

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/5952

Vorlage 13/3063

Der Ausschuss kommt überein, über die Gesetzentwürfe in der Sitzung am 1. Dezember 2004 abschließend zu beraten und abzustimmen.

- 7 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren** 14

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5945

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion ab.

- 8** **Achtes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG)** 17
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/5958
- Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.
- 9** **Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Entschädigung von Strafgefangenen wegen menschenunwürdiger Unterbringung** 18
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Justizminister Wolfgang Gerhards entgegen.
- 10** **Vorbericht zu der am 25. November 2004 stattfindenden Justizminister/innen/konferenz** 19
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht des Justizministers Wolfgang Gerhards entgegen.
- 11** **Zustand der Gefängnisgitter in der Jugendvollzugsanstalt Iserlohn** 20
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Justizminister Wolfgang Gerhards entgegen und führt darüber eine Aussprache.
- 12** **Verschiedenes** 21
- Der Ausschuss nimmt eine Mitteilung von Justizminister Wolfgang Gerhards entgegen.

**Justizminister Wolfgang Gerhards führt aus:**

Der Gesetzentwurf und die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sind nur schwer miteinander zu vereinbaren. Im Gesetzentwurf steht:

"Die äußere Bekundung christlicher Bildungs- und Kulturwerte oder Traditionen entspricht dem Erziehungsauftrag ... und widerspricht nicht dem Verhaltensgebot."

Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts besagt hingegen:

"Art. 33 des baden-württembergischen Schulgesetzes verletzt nicht das Gleichheitsgebot, indem er die Darstellung christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte von den nach Satz 1 verbotenen Bekundungen abgrenzt."

Das bedeutet, man darf ohne Bekundung alles tragen, was man will. Wenn man damit aber ein religiöses Bekenntnis oder eine Bekundung verbindet, ist es unzulässig. Das ist aber nicht der Inhalt Ihres Gesetzentwurfes. Es hat nur wenig Sinn, zu diesem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, weil mit diesem Gesetzentwurf nur eine Teilmenge des gesamten Problems diskutiert wird.

Auf eine Frage von **Angela Freimuth (FDP)** teilt **Justizminister Wolfgang Gerhards** mit, dass die Landesregierung nicht die Absicht habe, einen Gesetzentwurf zu diesem Thema vorzulegen.

**Sybille Haußmann (GRÜNE)** lässt wissen, dass ihre Fraktion kein Problem damit habe, diesen Gesetzentwurf abzulehnen, da er keinerlei Gewähr dafür gäbe, Fundamentalismus an den Schulen zu bekämpfen, was das Ziel ihrer Fraktion sei. Dies an einem Kleidungsstück fest zu machen, halte ihre Fraktion nach wie vor nicht für den richtigen Weg.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion beschließt der **Ausschuss**, kein Votum abzugeben.

**6 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Anti-Korruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4692

Vorlage 13/2528

Zuschriften 13/3621, 13/3644 und 13/3878

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/5952

Vorlage 13/3063

**Vorsitzender Dr. Robert Orth** teilt mit, der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sei vom Landtag in seiner Sitzung vom 12. Dezember 2003 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zur Federführung sowie neben dem Rechtsausschuss an den Ausschuss für Kommunalpolitik und den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zur Mitberatung überwiesen worden. In Verbindung damit berate man über den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, der am 22. September 2004 ebenfalls zur Federführung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform und neben dem Rechtsausschuss noch an den Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung überwiesen worden sei.

In der letzten Sitzung sei über die beiden Gesetzentwürfe beraten und diese geschoben worden, da nicht klar gewesen sei, ob es noch eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen geben werde. Da dies nicht der Fall sei, habe er die beiden Gesetzentwürfe wieder auf die Tagesordnung genommen. Es seien jedoch schriftliche Stellungnahmen eingefordert worden. Nach seiner Information lägen sieben von acht Stellungnahmen mittlerweile vor. Insofern schlage er vor, diesen Punkt auf die Tagesordnung der Dezembersitzung zu setzen, da man die Stellungnahmen, die erst am gestrigen Tage eingegangen seien, noch nicht habe durcharbeiten können. - **Frank Sischau (SPD)** macht darauf aufmerksam, dass in der Sitzung am 1. Dezember über diese Gesetzentwürfe abgestimmt werden müsse, da der Innenausschuss in seiner Sitzung am 2. Dezember abschließend darüber beraten wolle - Der **Ausschuss** ist mit dem Verfahren einverstanden.

**7 Asylverfahren in Nordrhein-Westfalen beschleunigen und professionalisieren**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5945

**Vorsitzender Dr. Robert Orth** teilt mit, der Antrag der CDU-Fraktion sei vom Landtag in seiner Sitzung am 22. September 2004 an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zur Federführung sowie neben dem Rechtsausschuss an den Ausschuss für Migrationsangelegenheiten und an den Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung überwiesen worden.